

***(11)
Neunzehn neue Generäle: Jiang Zemin
wirbt um die Gunst des Militärs**

Am 8. Juni wurden neunzehn Offiziere der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) in den Generalsrang erhoben. Acht von ihnen haben Positionen in der zentralen Militärführung inne, elf fungieren als Kommandeure oder Politkommissare in den Militärregionen. Bereits in den Jahren 1988 und 1993 waren 17 bzw. 6 Offiziere in diesen Rang erhoben worden. Damit wird die chinesische Armee nun von insgesamt 42 Generälen angeführt.

Staats- und Parteichef Jiang Zemin, der zugleich Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (des Führungsorgans der VBA) ist, nahm die Beförderungen selbst vor. Jiang hat sich in den vergangenen Jahren beständig um die Unterstützung durch die militärische Führung bemüht und verfügt inzwischen offenbar über gute Kontakte zu mächtigen Militärführern wie Liu Huaqing und Zhang Zhen. Jiang hat in den letzten Jahren die personelle Erneuerung des Offizierscorps und die Aufstockung des Militärbudgets mit Nachdruck vertreten. Er soll sich intensiv um Beförderungen politisch loyaler Offiziere (von der Divisionsebene an aufwärts) gekümmert und unzählige persönliche Gespräche und Truppenbesuche durchgeführt haben. (RMRB, 9.6.94; *Dangdai*, 15.5.94, S.23-24, S.19; ZM, 94/7, S.11-12)

Auch die Rechtfertigung des Truppeneinsatzes im Juni 1989, die Jiang kürzlich öffentlich formuliert hat (siehe C.a., 94/5, S.457), diene seinem Werben um die Gunst des Militärs. Ob Jiang sich der Loyalität der Armee sicher sein kann, ist allerdings weiterhin zweifelhaft, da er sich nicht auf ein gewachsenes Beziehungsgeflecht in der Volksbefreiungsarmee stützen kann. -hei-

***(12)
Tibet: Warnung vor separatistischen
Aktivitäten und Pläne für neue Ent-
wicklungsstrategie**

Während der Jahrestagung des Volkskongresses der "Autonomen Region Tibet" hat die regionale Führung zum entschlossenen Kampf gegen "feindliche Kräfte innerhalb und außerhalb Tibets" aufgerufen, die ihre "separatistischen Aktivitäten" in den letzten Jahren verstärkt hätten.

Der "Dalai-Lama-Clique und internationalen feindlichen Kräften" wurde vorgeworfen, Agenten nach Tibet zu entsenden, "reaktionäre Untergrundorganisationen" aufzubauen und ihre "politische, ideologische und religiöse Infiltration" zu intensivieren. Diese Kräfte seien bemüht, separatistische Aktivitäten bis in entlegene Gebiete Tibets hinein zu schüren und besonders die junge Generation für ihre Ziele zu gewinnen. Gegen diese Kräfte müsse die "Macht der demokratischen Diktatur des Volkes" mit voller Härte eingesetzt werden. In einem Rückfall in den Sprachgebrauch maoistischer Zeiten machte Raidi (der 1. Vize-Sekretär des KPCh-Komitees in Tibet, der für den dortigen Sicherheits- und Justizapparat verantwortlich ist) deutlich, daß die "feindlichen Kräfte" sich wegen des unversöhnlichen "Klassencharakters" der Tibet-Frage niemals von selbst geschlagen geben würden. Man müsse deshalb stets wachsam bleiben. (Tibet TV, 23./24.5.94, nach SWB, 27.5.94; Xizang Ribao, 6.6.94, nach SWB, 10.7.94)

Ausländischen Presseberichten zufolge soll es im Mai zu mehreren lokalen Protesten gegen die chinesische Herrschaft und zu zahlreichen Verhaftungen gekommen sein. (Kyodo News Service, 27.5.94, nach SWB 31.5.94; SCMP, 29.5.94) Heftige Proteste hatten sich schon im letzten Jahr in mehreren Regionen Tibets gegen die chinesische Siedlungspolitik gerichtet. Den chinesischen Behörden wird vorgeworfen, eine Kolonisierung Tibets durch Chinesen aus den überbevölkerten Gebieten Zentral- und Ostchinas gezielt voranzutreiben. Es sei geplant, allein im Lhasa-Tal, in dem neue landwirtschaftliche Nutzflächen mit Unterstützung eines UN-Projekts erschlossen werden, 130.000 zugewanderte Chinesen anzusiedeln. Die Neuan siedlung habe zur Diskriminierung und Verdrängung der dort ansässigen Tibeter geführt. Die tibetische Exilregierung vermutet, daß Beijing "die Tibeter in einem Meer von Chinesen ertränken" wolle. (SCMP, 30.1. und 20.3.94)

Nach amtlichen chinesischen Angaben hat sich die tibetische Bevölkerung seit den frühen fünfziger Jahren mehr als verdoppelt. 1993 hätten 2,2 Mio. Menschen in Tibet gelebt, davon sollen rund 90% der tibetischen Volksgruppe angehören. (XNA, 12.6.94) Diese

offiziellen Zahlen erscheinen zweifelhaft, da die in Tibet stationierten Truppeneinheiten sowie die nur zeitweilig in Tibet arbeitenden Chinesen nicht vollständig berücksichtigt sind. Der tatsächliche Anteil von Nicht-Tibetern an der Bevölkerung dürfte beträchtlich höher liegen.

Abgesehen von dem Kolonisierungsprogramm, das von Beijing nur unter der Hand (nicht als offizielle Politik) vorangetrieben und von dem starken Abwanderungsdruck aus dem chinesischen Kernland getragen wird, diskutiert die zentrale Führung zur Zeit weitreichende Pläne zur Modernisierung und wirtschaftlichen Öffnung Tibets, die zur politischen Stabilität und Integration der Region beitragen sollen.

Wie Gyaincain Norbu, der Regierungschef der "Autonomen Region Tibet", in einem Interview mit der von Beijing kontrollierten Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* sagte, könne Tibet wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume erhalten, die noch über die Sonderbedingungen für die Shanghaier Pudong-Zone hinausgingen. Landnutzungsrechte sollten so großzügig gewährt werden, daß die Erschließung der dünnbesiedelten Gebiete in raschen Schritten vorankomme. Die Zentralregierung werde ein massives Investitionsprogramm in Gang setzen, um die tibetische Wirtschaft anzukurbeln und den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Außenwirtschaftlich könne Tibet durch Vorzugsbedingungen für Investitionen und Handel ein Tor zu Südasien werden.

Noch in diesem Herbst solle eine nationale Konferenz abgehalten werden, um eine Entwicklungsstrategie für Tibet zu entwerfen. Diese Konferenz werde eine "qualitative Veränderung" in Beijings Tibet-Politik bringen. (*Wen Wei Po*, 30.5.94; SCMP, 28.6.94) -hei-

Kultur

***(13)
Nationale Erziehungskonferenz**

Vom 14.-17. Juni 1994 fand in Beijing eine große, vom ZK der KPCh und dem Staatsrat einberufene nationale

Erziehungskonferenz statt. Die Eröffnungssitzung fand unter Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Partei und Regierung statt, darunter Parteichef Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros Li Ruihuan, Zhu Rongji und Hu Jintao. Die Konferenz zählte etwa 200 Teilnehmer - für das Bildungswesen Verantwortliche aus der Zentrale und den 30 Provinzeinheiten. Aufgabe der Konferenz sollte es sein, "unter der Führung von Deng Xiaopings Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung und der grundlegenden Linie der Partei den Geist des XIV. Parteitages und des 3.Plenums des XIV. Parteitages zu verwirklichen, die Strategie der prioritären Entwicklung des Erziehungswesens voranzutreiben und die ganze Partei und Gesellschaft für die gewissenhafte Durchführung der 'Grundzüge der Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens' zu mobilisieren". (RMRB, GMRB, 15.6.94)

Die "Grundzüge" waren zu Beginn des Jahres 1993 veröffentlicht worden (vgl. C.a., 1993/2, Ü 9); sie beinhalten verbindliche Rahmenrichtlinien für die Bildungsreform. Die Ausarbeitung eines solchen Programms war auf dem XIV. Parteitag im Oktober 1992 gefordert worden. In der Erkenntnis, daß die Wirtschaftsentwicklung in starkem Maße von einem vernünftigen und entwickelten Bildungswesen abhängt, hatte der XIV. Parteitag dem Bildungswesen strategische Bedeutung zugewiesen. Seit Beginn der Reformpolitik ist dies nach der nationalen Erziehungskonferenz vom Mai 1985 die zweite große Konferenz zum Bildungswesen. Während es 1985 darum ging, die Bildungsreform zu propagieren und in Gang zu bringen, hatte die diesjährige Konferenz das Ziel, die Teilnehmer von der strategischen Bedeutung des Bildungswesens und der Notwendigkeit seiner prioritären Entwicklung zu überzeugen und sie auf die Umsetzung der "Grundzüge" einzuschwören. Hatte damals Deng Xiaoping das Wort an die Konferenzteilnehmer gerichtet und damit die Wichtigkeit der Tagung unterstrichen, so wurde die jetzige Konferenz in ihrer Bedeutung eher noch mehr herausgestellt, weil mehrere hochrangige Politiker richtungweisende Reden hielten, allen voran Jiang Zemin, dessen Rede zu Beginn der Veranstaltung in der Presse als wichtig bezeichnet wurde, Li

Peng, der ebenfalls am ersten Tag den Hauptvortrag hielt, und der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing, der am 17.Juni zum Abschluß sprach.

Jiang Zemin verwies in seiner Rede auf Deng Xiaoping, der die Bedeutung des Erziehungswesens für die sozialistische Modernisierung hervorgehoben und gesagt habe, Wissenschaft und Technik seien der Schlüssel für die Modernisierung, das Bildungswesen deren Grundlage. Deng habe ferner betont, daß Wissen und Fachkenntnisse hoch zu bewerten seien und daß die Erziehung auf die Modernisierung, die Welt und die Zukunft gerichtet sein müsse. Auch habe er gefordert, neue sozialistische Menschen mit Idealen, Moral, Bildung und Disziplin heranzuziehen. Sodann benannte Jiang die Schwerpunkte der Bildungsreform, wie sie sich in den letzten Jahren herausgebildet haben. Als wichtigstes Ziel der Bildungsreform stellte er die Anhebung des ideologisch-moralischen und wissenschaftlich-kulturellen Niveaus des gesamten Volkes heraus. Die Anhebung der "Qualität des Volkes" und die Ausbildung von Fachleuten sieht Jiang als unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft und die Verwirklichung der Modernisierung. Diese Zielvorgabe verdeutlicht, daß die Bildungsreform ganz im Dienst der wirtschaftlichen Modernisierung stehen soll, denn - so die Erkenntnis der Partei - die Wirtschaft müsse sich auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt stützen, und infolgedessen sei die Qualität der Werktätigen anzuheben. Dies könne nur erreicht werden, wenn dem Bildungswesen eine strategische Position vorrangiger Entwicklung zugewiesen würde. Gerade dies sei aber nicht immer der Fall. Viele Gebiete, Abteilungen und Einheiten hätten zwar beachtliche Erfolge in bezug auf die Bildungsreform erzielt, doch sei die Entwicklung sehr ungleich; manche Genossen widmeten dem Erziehungswesen nicht genügend Aufmerksamkeit, sondern hielten den wirtschaftlichen Aufbau für wichtiger. Das führe dann zu solchen Erscheinungen wie Abzweigung von Geldern, die für das Erziehungswesen bestimmt sind, für andere Zwecke, Rückständen von Lehrgehältern usw. Um die Bildungsreform zu beschleunigen, gelte es, die "Grundzüge der Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" zu verwirklichen. Gebiete und Abteilungen,

die es versäumt hätten, das Erziehungswesen vorrangig auszubauen, sollten zur Rechenschaft gezogen werden. Alle Führungskader müßten danach beurteilt werden, in welchem Maße und wie erfolgreich sie sich für die Bildungsreform eingesetzt haben. Damit bekräftigte Jiang Zemin schon seit längerem erhobene Forderungen, Führungskader und örtliche Regierungen persönlich verantwortlich zu machen. Auch in den "Grundzügen" wird verfügt, daß Lokalregierungen genaue Gründe anführen müssen, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen können.

Weitere Punkte in Jians Rede betrafen die Lehrer: Ihnen müsse Respekt entgegengebracht und das Lehrergesetz mit allem Nachdruck in die Praxis umgesetzt werden; ferner die Stärkung der ideologisch-politischen Erziehung (Erziehung im Marxismus-Leninismus und Mao-Denken, in Dengs Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung, in der Grundlinie der Partei, in Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus, in Chinas neuerer und neuester Geschichte, den besonderen Bedingungen Chinas und in der hervorragenden kulturellen und revolutionären Tradition Chinas) mit dem Ziel, der Jugend das "richtige Weltbild" und die "richtigen Wertvorstellungen" zu vermitteln, um sie gegen "falsche Denkrichtungen", Geldverehrung, Hedonismus und extremen Individualismus immun zu machen; und schließlich die Verbindung von Erziehung und körperlicher Arbeit, die seit 1949 ein Grundprinzip des chinesischen Bildungswesens sei und deshalb auch in die "Grundzüge" aufgenommen worden sei; Teilnahme an körperlicher Arbeit müsse für jeden Schüler und Studenten obligatorisch sein. Zum Schluß zählte Jiang die wichtigsten Probleme auf, auf die zu achten sei: verstärkte Investitionen im Bildungssektor, insbesondere zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht, Förderung der Hochschulreform zur Steigerung der Qualität und Effektivität der Hochschulbildung sowie Förderung der Berufs- und Erwachsenenbildung zwecks Ausbildung einer großen Zahl mittlerer Fachkräfte.

Jians Rede enthielt keine neuen Reformvorschläge, sondern faßte die bisherige Reformpolitik im Bildungswesen zusammen und setzte die bekannten Akzente. Auch Li Peng brachte in

seinen Ausführungen keine neuen Vorschläge, sondern beschränkte sich - allerdings in größerer Ausführlichkeit als Jiang Zemin - auf die hinreichend bekannten Probleme und Lösungsvorschläge (vgl. den Wortlaut der Rede in RMRB, GMRB, 21.6.94). Doch zunächst zeichnete Li Peng ein recht rosiges Bild von der derzeitigen Lage im Bildungswesen. In der Partei und der gesamten Gesellschaft sei das Bewußtsein für das Erziehungswesen stark gewachsen, die neunjährige Schulpflicht verbreite sich überall, die Einschulungsrate betrage 98 Prozent, und die Grundschulbildung sei "im wesentlichen" verwirklicht. Dabei verschwie er, daß die Grundschulbildung erst in 90 Prozent der bewohnten Gebiete "im wesentlichen" eingeführt ist, also noch nicht überall, und daß sie in den unterentwickelten Gebieten noch lange nicht verwirklicht ist, weil die Kinder dort entweder gar nicht eingeschult werden oder sie - wie vielfach auf dem Lande in ganz China - die Schule vorzeitig abbrechen. Es gibt Berechnungen, die besagen, daß jedes fünfte Kind im Alter zwischen 6 und 14 keine Schule besucht (vgl. C.a., 1992/2, Ü 18). In Tibet beispielsweise ging Ende 1993 rund ein Drittel aller Kinder im Schulalter nicht in die Schule (XNA, 6.6.94). Die allgemeine neunjährige Schulpflicht, so Li Peng weiter, sei in den größeren Städten und in den wirtschaftlich relativ entwickelten Gebieten im wesentlichen eingeführt. Die berufliche Bildung entfalte sich schnell, 50 Prozent aller Schüler der Sekundarstufe II besuchten bereits berufliche und technische Schulen. Auch diese Aussage muß relativiert werden, denn man muß wissen, daß die weitaus überwiegende Zahl der beruflichen und technischen Schulen bestenfalls berufsvorbereitend, aber nicht berufsqualifizierend ausbilden. Auch im Kampf gegen das Analphabetentum würden deutliche Erfolge erzielt, die Analphabetenrate unter Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen (unter 40 Jahre) sei auf etwa 7 Prozent gesunken. Dies ist die offizielle Zahl, wie sie die Erziehungskommission zu Beginn dieses Jahres herausgab (vgl. C.a., 1994/1, Ü 16), doch hier ist ebenfalls Skepsis geboten, denn selbst wenn es stimmt, daß in China pro Jahr 4-5 Mio. Analphabeten alphabetisiert werden, so ist zweifelhaft, daß sie es auf Dauer bleiben.

Als die vordringlichsten Aufgaben bezeichnete Li Peng die weitgehende Einführung der allgemeinen neunjäh-

rigen Schulpflicht und Ausrottung des Analphabetentums bis zum Ende des Jahrhunderts (bis dahin soll die neunjährige Schulpflicht in 85 Prozent aller bewohnten Gebiete verwirklicht sein und die Analphabetenrate unter Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen 5 Prozent betragen), den Ausbau der Berufs- und Erwachsenenbildung sowie die Steigerung der Qualität und Effektivität der Hochschulbildung. Um diese Ziele zu erreichen, forderte Li Peng eine Vertiefung der Bildungsreform, wobei seinen diesbezüglichen Ausführungen immer der Gedanke einer engen Verbindung zur Wirtschaft zugrunde lag. Im einzelnen erhob er folgende Forderungen:

- Weitere Umgestaltung der Bildungsstruktur durch stärkere Betonung der Berufsbildung, insbesondere auf der Sekundarstufe II, aber auch bereits innerhalb der neunjährigen Schulpflicht. Während bisher immer davon die Rede war, daß 50% der Schüler der Sekundarstufe II berufsbildende Zweige besuchen sollen (ein Anteil, der bereits erreicht ist), erklärte Li Peng nunmehr die Berufsbildung auf dieser Schulstufe zum Schwerpunkt und sprach davon, daß sich 50-70% der Schüler beruflicher Bildung unterziehen sollten. Er plädierte für einen Ausbau beruflich-fachlicher Bildung im tertiären Sektor und für eine Standardisierung der Aufnahmebedingungen für Berufsschulen.
- Reform der Struktur der Schulbetreiber: Während in der Vergangenheit die Regierung für das Betreiben der Schulen verantwortlich gewesen sei, sollten nun Betriebe und andere gesellschaftliche Kreise in stärkerem Maße herangezogen werden, so daß ganz verschiedene Schulformen praktiziert würden, außer öffentlichen und privaten könne es auch Schulen geben, die "vom Volk betrieben und öffentlich unterstützt" oder "öffentlich betrieben und vom Volk unterstützt" würden. Berufliche Schulen sollten hauptsächlich von Branchen, Betrieben und Verbänden betrieben werden, aber auch von Privatleuten, wobei die Regierung sie entsprechend unterstützen könne. Für den Hochschulbereich sollte in erster Linie der Staat verantwortlich sein, daneben könnten auch gesellschaftliche Kräfte mitwirken.
- Reform der Erziehungsverwaltung: Für die Elementarbildung seien seit 1985 die örtlichen Regierungen ver-

antwortlich. Da es jedoch in jüngster Zeit auf der untersten Ebene, also auf Gemeinde- und Dorfebene, vielfach Schwierigkeiten mit den Bildungsetats gegeben habe - mit der Folge, daß z.B. keine Lehrergehälter gezahlt werden -, solle jetzt mit Ausnahme der entwickelten Gebiete in den meisten Gebieten die Verantwortung bei den Kreisen liegen. Die Regierungen oberhalb der Kreisebene hätten Spezialfonds zur Unterstützung der Pflichterziehung einzurichten. Diese Forderungen waren in jüngster Zeit offiziell erhoben worden (vgl. C.a., 1994/3, Ü 13) und scheinen nun durch Li Peng sanktioniert worden zu sein. - Im tertiären Bildungssektor sei es bislang so gewesen, daß die Hochschulen entweder der Zentralregierung oder der jeweiligen Provinz unterstanden. Von jetzt ab sollten sie von der Zentrale und der Provinzebene gemeinsam verwaltet werden. Zugleich plädierte Li Peng für eine stärkere Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander, um die materiellen und personellen Ressourcen zu bündeln und die Effektivität zu steigern.

- Reform des Zulassungssystems zu Hochschulen sowie sekundären und postsekundären Berufsschulen: Gegenwärtig gelte für die Hochschulen sowie Fachmittelschulen und technischen Mittelschulen das staatliche Zulassungssystem, verbunden mit einem regulierenden Plan auf seiten der Schulen selbst. Für diese nicht zur Pflichterziehung gehörenden Schulen sollten Studiengebühren bzw. Schulgeld erhoben werden, wobei minderbemittelte und hervorragende Studenten gesondert gefördert werden sollten. Außer Studenten, die auf Vertragsbasis studieren, d.h. ihr Studium von Betrieben finanziert bekommen, sollten sich die Absolventen selbst eine Stellung suchen. Damit bestätigte Li Peng zwei wesentliche Punkte der Hochschulreform: die Aufhebung des allgemeinen staatlichen Stipendienwesens und der staatlichen Arbeitsplatzgarantie.

Ein weiterer wichtiger Abschnitt in Li Pengs Rede war der Moralerziehung und Anhebung der Bildungsqualität gewidmet. Ebenso wie Jiang Zemin betonte er, daß Erziehung der sozialistischen Modernisierung zu dienen habe; entsprechend sei die ideologische

Bildung in den Mittelpunkt zu stellen und die Erziehung eng mit der Praxis zu verbinden. Im letzten Abschnitt behandelte er die Führungsrolle von Partei und Regierung über das Bildungswesen. Die Regierungen aller Ebenen werden aufgefordert, die Führung zu verstärken, mehr ins Erziehungswesen zu investieren, darauf zu achten, daß die Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen ordnungsgemäß eingebracht und verwendet wird, und die Verantwortung für die Pflichtschulbildung zu tragen. Als entscheidend für die Anhebung der Bildungsqualität sah Li Peng die Lösung des Lehrerproblems an. Die gesellschaftliche Stellung und Gehälter der Lehrer seien anzuheben, ihre Ausbildung zu verbessern, und die Gehälter der *minban*-Lehrer seien allmählich denen der Lehrer an öffentlichen Schulen anzugleichen. Außerdem forderte der Ministerpräsident den weiteren Ausbau der Erziehungsgesetzgebung. Nach den "Vorschriften über akademische Grade", dem "Schulpflichtgesetz" und dem "Lehrergesetz", die der Staat erlassen habe, seien weitere Gesetze erforderlich. Er nannte in diesem Zusammenhang ein "Erziehungsgesetz", ein "Gesetz über berufliche Bildung" und ein "Gesetz über Hochschulbildung". Die örtlichen Regierungen sollten ebenfalls gesetzliche Regelungen verabschieden. Zum Schluß rief er die Konferenzteilnehmer auf, die "Grundzüge der Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" zu verwirklichen.

Am letzten Tag faßte Li Lanqing die Ergebnisse der Konferenz zusammen (vgl. RMRB, GMRB, 18.6.94; Wortlaut der Rede in GMRB, 22.6.94). Hinsichtlich der beiden wichtigsten Bildungsziele, nämlich der Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht und der Ausrottung des Analphabetentums, habe die Konferenz zwei "grundlegende Ziele" (*liang ji*) aufgestellt, die sich die gesamte Partei und die gesamte Gesellschaft zur Aufgabe zu machen hätten: 1. bis Ende des Jahrhunderts Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht in etwa 85% der bewohnten Gebiete, wobei die Schulbesuchsraten in der Sekundarstufe I 85% betragen soll; 2. 95% der Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sollen bis dahin alphabetisiert sein. Gegenwärtig gebe es in dieser Bevölkerungsgruppe noch 36 Mio. Analphabeten, aber wenn weiterhin

wie in den vergangenen Jahren pro Jahr 5 Mio. alphabetisiert würden, könnte das Ziel erreicht werden (RMRB, GMRB, 18.6.94). Ansonsten befaßte sich Li Lanqing ebenfalls mit den Schwerpunktthemen der Konferenz, also Berufs- und Erwachsenenbildung, politisch-moralischer Bildung, Lehrer- und Finanzproblem.

In einem Kommentar der *Volkszeitung* wurden die Bedeutung der "Grundzüge" und die Notwendigkeit, der Entwicklung des Erziehungswesens Priorität einzuräumen, noch einmal eindringlich hervorgehoben (RMRB, 18.6.94). Ein Leitartikel zum Abschluß der Veranstaltung bezeichnet die Erziehungskonferenz als Meilenstein in der Geschichte der Reformierung und Entwicklung des chinesischen Erziehungswesens. Er verweist auf die nationale Erziehungskonferenz von 1985; damals war der "ZK-Beschluß über die Reform des Erziehungswesens" angenommen worden, der der Entwicklung des Bildungswesens großen Auftrieb gegeben habe. Die jetzige Konferenz stelle eine weitere Motivation für die gesamte Gesellschaft dar, durch Verwirklichung der "Grundzüge" die Strategie zu verfolgen, dem Erziehungswesen prioritäre Bedeutung beizumessen. (GMRB, 18.6.94)

Daß es neun Jahre dauerte, bis wieder eine große nationale Erziehungskonferenz einberufen wurde, verdeutlicht die Tatsache, daß das Erziehungswesen in der Vergangenheit im Vergleich zur Wirtschaftsentwicklung im Grunde immer eine sekundäre Rolle gespielt hat. Erst seit dem XIV. Parteitag 1992, auf dem gefordert wurde, der Entwicklung des Bildungswesens Priorität einzuräumen, scheint es stärker in das Bewußtsein der Gesellschaft gerückt zu sein. Wenn auch die politische Führung, namentlich Vizepremier Li Lanqing, viel dazu tut, diesen Gedanken aufrechtzuerhalten, so wird sich erst in den kommenden Jahren beurteilen lassen, inwieweit die Bemühungen Erfolge zeitigen und speziell auf der unteren Ebene die örtlichen Kader ein Bewußtsein für die strategische Wichtigkeit des Schulwesens entwickeln. -st-

*(14)

Akademie der Ingenieurwissenschaften gegründet

Am 3. Juni 1994 wurde die Chinesische Akademie der Ingenieurwissenschaften (*Zhongguo gongcheng yuan*) offiziell

gegründet. Die Gründungsversammlung fand in Zusammenhang mit der 7. Konferenz der Akademiemitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften statt. Die Etablierung des neuen Organs, das neben der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Sozialwissenschaften nun die dritte führende Wissenschaftsorganisation in China ist, war bereits auf der Vollversammlung des NVK im März verkündet worden (vgl. C.a., 1994/3, Ü 12). Anlässlich des Ereignisses sagte Jiang Zemin, die Zeit von jetzt bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts sei eine große historische Periode, in der das chinesische Volk einen Aufschwung nehmen werde. Für ein Land wie China mit einer so großen Bevölkerung, einer schwachen Basis und relativ wenig Ressourcen sei es unabdingbar, sich auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu stützen. Wissenschaft und Technik seien die wichtigste Produktivkraft (dies hatte Deng Xiaoping 1978 verkündet). Die Gründung der Akademie der Ingenieurwissenschaften werde Ingenieuren und Technikern neuen Antrieb geben, die technische Entwicklung voranzutreiben. (RMRB, GMRB, 4.6.94)

Auch Li Peng hielt anlässlich der Gründungsversammlung und der Eröffnung der Konferenz der Akademiemitglieder eine Rede. Er begrüßte die Gründung der Akademie der Ingenieurwissenschaften und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die neue Akademie den Staat in all seinen wichtigen wissenschaftlich-technischen Projekten und Programmen beraten werde. Zugleich ermunterte er die beiden Akademien, in Zukunft eng zusammenzuarbeiten. (Vgl. Wortlaut in GMRB, 4.6.94)

Zum Präsidenten der neugegründeten Akademie wurde der namhafte Atomphysiker Zhu Guangya gewählt. Die Wahl erfolgte in geheimer Abstimmung auf der Generalversammlung der Mitglieder der Akademie der Ingenieurwissenschaften. Zhu ist 69 Jahre alt und auch Akademiemitglied der Akademie der Wissenschaften. (RMRB, 8.6.94) Wie bei der Akademie der Wissenschaften wird auch bei der neuen Institution das Akademiesystem praktiziert. Auf der Gründungskonferenz wurden zunächst 96 Wissenschaftler und Techniker zu Akademiemitgliedern bestellt. Ihre Reihen sollen demnächst aufgestockt werden.

(XNA, 2.6.94) Für die Arbeit der Akademie der Ingenieurwissenschaften in nächster Zukunft nannte Zhu Guangya die folgenden vier Aufgaben als vorrangig: 1. Wahl von weiteren Akademiemitgliedern auf nationaler Basis; 2. Organisierung der Akademiemitglieder, gemeinsam die wissenschaftlich-technische Planung für den 9.Fünfjahrplan und die Planung für die wissenschaftlich-technische Entwicklung der nächsten fünfzehn Jahre vorzubereiten sowie den Staat bei wichtigen Projekten und Planungen zu beraten und Vorschläge zu unterbreiten; 3. den wissenschaftlich-technischen Austausch mit internationalen Organisationen entfalten; 4. sich dem organisatorischen Aufbau der eigenen Akademie widmen. (RMRB, 9.6.94) -st-

*(15)

Wahl der ersten ausländischen Akademiemitglieder

Während der 7. Konferenz der Akademiemitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, die vom 3.-8.Juni 1994 in Beijing stattfand, wurde zum erstenmal eine Gruppe ausländischer Wissenschaftler zu Akademiemitgliedern gewählt. Akademiepräsident Zhou Guangzhao zufolge stehe diese Maßnahme in Einklang mit internationalen Gepflogenheiten; sie werde den Prozeß der Internationalisierung der chinesischen Wissenschaft befördern und der chinesischen Wissenschaft neue Impulse geben (RMRB, 6.6.94, S.3).

Bei den Auserwählten handelt es sich um 14 ausländische Wissenschaftler, davon kommen zwei aus Großbritannien, die übrigen aus den Vereinigten Staaten. Die beiden Briten sind Derek Barton und Joseph Needham (Needham hat sich besondere Verdienste um die Erforschung der Wissenschaftsgeschichte Chinas erworben), die Amerikaner sind: L.L. Chang, S.S. Chern, Y.C. Fung, T.D. Lee, C.C. Lin, P.H. Raven, H.A. Simon, C.L. Tien, S.C.C. Ting, C.S. Wu, C.N. Yang und S.T. Yau (vgl. GMRB, XNA, 9.6.94; Kurzbiographien in RMRB, 10.6.94, S.4). Auffallend ist, daß die meisten der neuernannten Akademiemitglieder chinesischer Herkunft sind. Unter den zwölf Amerikanern sind nur zwei nichtchinesischer Herkunft. Voraussetzung für eine Wahl zum Akademiemitglied ist, daß der betr. Wissenschaftler

in seinem eigenen Land und international einen großen Ruf hat und sich darüber hinaus große Verdienste um die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in China erworben hat (XNA, 9.6.94). Gerade in bezug auf die zweite Bedingung scheinen Auslandschinesen anderen Ausländern voraus zu sein, weil sie durchweg enge Beziehungen zu China pflegen und sich dort vielfach intensiv engagieren. -st-

*(16)

Weißbuch zur Situation der Frau in China

Am 3.Juni 1994 veröffentlichte das Informationsbüro des Staatsrats der VR China ein Weißbuch zur Situation der Frau in China (*Zhongguo funü de zhuangkuang*). Der Wortlaut erschien am selben Tag in der *Volkszeitung*, eine englische Übersetzung in XNA am 4.6.94. Wer für die Abfassung des Berichts verantwortlich war, wurde nicht mitgeteilt. Es ist anzunehmen, daß der Chinesische Frauenverband maßgeblich beteiligt war. Das Weißbuch wurde in Hinblick auf die vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen erstellt, die 1995 in Beijing stattfinden soll und der Sache der Frau in China große Aufmerksamkeit zukommen läßt. Der Bericht ist in ein Vorwort und acht Kapitel untergliedert, deren Inhalt im folgenden kurz umrissen werden soll.

I. Die historische Befreiung von Chinas Frauen: Geschildert werden die Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Frau im alten China. Mit Eindringen der westlichen Mächte nach dem Opiumkrieg habe sich die Situation für die Frau verschlimmert, insbesondere im Krieg gegen Japan ab 1937 seien die meisten der 30 Mio. getöteten Chinesen Frauen und Kinder gewesen. Der Befreiungskampf der chinesischen Frauen habe über 100 Jahre gedauert: von der Taiping-Bewegung über die Reformbewegung 1898 und die Revolution von 1911 bis hin zur Befreiung der Frau unter Führung der KPCh. Mit Gründung der Volksrepublik habe für die Frau eine neue Ära begonnen; durch Landreform, Allgemeines Wahlrecht, Arbeit außer Hause, Alphabetisierung, Ehegesetz und Verbot der Prostitution habe die Frau gleiche Rechte wie der Mann erlangt.

II. Gleicher rechtlicher Status: In diesem Abschnitt wird der gegenwärtige rechtliche Status der Frau dargestellt. China, so heißt es dort, messe dem rechtlichen Schutz der Frau große Bedeutung bei. Ein umfangreiches Gesetzssystem sichere den Frauen gleiche Rechte, bewahre ihre Interessen und verurteile jegliche Diskriminierung der Frau. Die Verfassung und das 1992 verkündete Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen der Frau seien die Grundlage. Im einzelnen genieße die Frau gleiche politische Rechte wie der Mann, gleiche Rechte in bezug auf Bildung, Arbeit, Eigentum, die eigene Person (darunter wird z.B. erwähnt, daß es verboten ist, neugeborene Mädchen auszusetzen oder zu töten und Ehefrauen zu diskriminieren oder schlecht zu behandeln, die Mädchen geboren haben) sowie in bezug auf Heirat und Familie.

III. Gleiche Rechte und wichtige Rolle im Wirtschaftsleben: In diesem Kapitel wird die wirtschaftliche Lage der Frau behandelt. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Frau sei die wichtigste Grundlage für ihre Gleichstellung mit dem Mann. Frauen genießen die gleichen Rechte im Beruf. Gegenwärtig machten Frauen 44% aller Angestellten und 38% aller städtischen Angestellten und Arbeiter in China aus. 1992 seien 72,33% aller Frauen über 15 Jahre berufstätig gewesen; auf dem Lande stellten sie die Hälfte der ländlichen Arbeitskräfte. Bestehende Schwierigkeiten werden nicht verschwiegen, so vor allem die Schwierigkeit für Frauen, eine Anstellung zu finden, und die ungleiche Entlohnung. Einer Untersuchung aus dem Jahre 1990 zufolge würden städtische weibliche Angestellte und Arbeiter nur 77,4% soviel verdienen wie ihre männlichen Kollegen, auf dem Lande erhielten sie 81,4% des Lohnes der Männer. Dennoch spielten Frauen im Wirtschaftsleben eine zunehmend wichtiger werdende Rolle. Von den 14 Mio., die auf dem Lande in Einzelunternehmen in Handel und Dienstleistungsgewerbe arbeiten, sei ein Drittel Frauen. Etwa 50-60% des landwirtschaftlichen Produktionswertes werde von Frauen erwirtschaftet. Auch in den Gemeinde- und Kleinstadtunternehmen stellten ländliche Frauen eine wichtige Kraft dar. Von den 100 Mio. Arbeitskräften in diesen Unternehmen seien 40 Mio. Frauen. In einigen Sparten, wie z.B. in

der Textil-, Seiden-, Tee- und Spielzeugindustrie, stellten sie die Mehrzahl der Arbeitskräfte und verdienten teilweise die höchsten Exportumsätze. In den Städten übertreffe die Zahl der weiblichen Angestellten die der männlichen in vielen Bereichen. 1993 habe der Anteil weiblicher Fachleute und Techniker in Unternehmen und Institutionen in ganz China 36,8% erreicht. Auch gebe es eine große Zahl von Unternehmerinnen.

IV. Breite Teilnahme an der Verwaltung staatlicher und gesellschaftlicher Angelegenheiten: Hier geht es zunächst um die Beteiligung der Frauen am politischen Leben. Ihr Mitgliederanteil im Nationalen Volkskongreß betrage 21,03%, im Ständigen Ausschuß des NVK 12,3 %. Für die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes lauten die Zahlen 13,52% bzw. 9,2%. Unter den Mitgliedern der KPCh machten Frauen 14% aus; im XIV. ZK seien 24 Frauen vertreten. An Politikerinnen gebe es derzeit 16 Ministerinnen und Vizeministerinnen, 18 Provinzgouverneurinnen und Vizegouverneurinnen und in den 517 Städten Chinas gut 300 Bürgermeisterinnen und Vizebürgermeisterinnen. In 23 Provinzeinheiten, 244 Präfekturen und 2.106 Kreisen seien Frauen in Partei und Regierung in führenden Stellungen vertreten. Hingewiesen wird auch auf die Rolle der Frauenverbände auf allen Ebenen.

V. Volle Entfaltung im gesellschaftlichen Leben: Große Anstrengungen würden zur Anhebung des Bildungsniveaus der Frauen unternommen. 1992 hätten 96,2% der Mädchen zwischen 7 und 11 Jahre eine Schule besucht; der Anteil der Mädchen auf Mittel-, Hoch- und Postgraduiertenschulen habe 43,1%, 33,7% bzw. 24,8% betragen. Seit Wiedereinführung akademischer Grade 1982 hätten 1.149 Frauen den Dokortitel erworben, das seien 9,4% aller Promovierten. In der beruflichen Bildung stünden Frauen 1.679 Berufsschulen der Sekundarstufe sowie 3 berufliche Hochschulen zur Verfügung, und über 13 Mio. Frauen studierten im Rahmen der Erwachsenenbildung an Hochschulen. Seit 1949 seien über 110 Mio. Frauen alphabetisiert worden, wodurch die weibliche Analphabetenrate von 90% (1949) auf 32% (1993) gesenkt worden sei. 1992 seien 30-44,5% aller Lehrer weiblich gewesen. Gut 20 Frauen hätten landesweit

den Posten eines Universitäts-Präsidenten oder -Vizepräsidenten inne. - In der Wissenschaft seien Frauen in allen Fächern vertreten. 1993 habe es 8.097.000 weibliche Wissenschaftler und Techniker gegeben, 35% der Gesamtzahl an Wissenschaftlern und Technikern. An der Akademie der Wissenschaften bekleideten 186 Frauen das Amt einer Direktorin oder Vizedirektorin von Forschungsinstituten, das seien 11,9% aller Direktoren. Die Akademie der Sozialwissenschaften habe 1993 29 weibliche Akademiemitglieder gezählt (5,4%). - Für die Bereiche Kunst und Kultur, Sport und Medizin werden Frauenanteile von ca. 50% genannt. Erwähnt wird auch die (wohl meist ehrenamtliche) Tätigkeit der Frauen in Nachbarschaftskomitees und im sozialen Bereich. Kritisch wird angemerkt, daß aus historischen Gründen Frauen vielfach immer noch ein niedriges Bildungsniveau hätten und ihnen Bildung vorenthalten würde, speziell in manchen ländlichen sowie in abgelegenen Gebieten.

VI. Gleicher Status in Ehe und Familie: Selbständige Heirat auf der Grundlage von Liebe und ein Familienleben, in dem Mann und Frau gleich sind, seien heutzutage in Ehe und Familie gängig. Stichprobenuntersuchungen zufolge faßten 74% aller jungen Paare den Entschluß zur Heirat selbst oder in gemeinsamer Beratung mit den Eltern. 80 % aller Eheschließungen von Frauen unter 40 Jahren basierten auf freier Entscheidung. Das Recht der Frauen auf Scheidung und Wiederheirat sei garantiert. Mit der Beibehaltung ihres Mädchennamens hätten Chinas Frauen ein wichtiges Persönlichkeitsrecht erworben. In den Städten trügen viele Kinder sogar den Familiennamen der Mutter. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit habe den Status der Frau in der Familie verbessert. Frauen verdienten 40% des Familieneinkommens, in manchen ländlichen Familien, insbesondere in spezialisierten Haushalten, die von Frauen geführt werden, sogar 60-70%. Im Erbrecht seien die Frauen den Männern gleichgestellt. Hausarbeit würde in den meisten Familien zwischen Mann und Frau aufgeteilt. Die chinesische Regierung schütze Ehe und Familie. Derzeit gebe es in China 267 Mio. Familien, und pro Jahr kämen 10 Mio. neue Familien hinzu. Diese seien recht stabil, die Scheidungsrate betrage in China 1,54 pro Tausend. - Das Recht der Frau, selbst

zu entscheiden, ob sie Kinder haben wolle oder nicht, werde gebührend geschützt. Sie könnten mit ihren Ehepartnern besprechen, ob sie eine Schwangerschaft wollen. Die staatliche Familienplanungspolitik werde von den Frauen mit großem Enthusiasmus unterstützt; die überwiegende Mehrheit von ihnen sei für Spätheirat, spätes Kinderkriegen und für weniger Kinder. - Kritisiert wird in dem Weißbuch, daß es in einigen ländlichen Gebieten, zumal in zurückgebliebenen, noch die schlechte Sitte der arrangierten Heirat und Kaufheirat gebe; auch komme es vor, daß weibliche Babies getötet oder ausgesetzt würden und mit Mädchen gehandelt würde.

VII. Organisatorische Garantien für die Rechte und Interessen der chinesischen Frauen: Die Volkskongresse und die Regierungen aller Ebenen seien für die Gesetzesarbeit und die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze zum Schutze der Rechte und Interessen der Frau zuständig. Der Staatsrat habe einen Arbeitsausschuß für Frauen und Kinder eingerichtet, der seine Entsprechung auf Provinzebene habe. In ganz China gebe es über 5.800 Frauenorganisationen, allen voran der Chinesische Frauenverband. In ihm seien Frauen aller Lebensbereiche und Nationalitäten vertreten, und er verfüge über ein breites Funktionsnetz. Der Frauenverband habe die Gleichstellung der Frau und die Anhebung der gesellschaftlichen Position der Frau zum Ziel. Hinzu kämen zahlreiche andere nationale, regionale und beruflich ausgerichtete Frauenorganisationen. Daneben setzten sich Massenmedien und Forschungsinstitute für die Rechte und Interessen der Frau ein. Es gebe zahllose Frauenzeitungen und -zeitschriften, allein 47 vom Frauenverband und seinen Zweigstellen. In Presse, Rundfunk und Fernsehen würden die Gesetze und Bestimmungen über die Rechte der Frau ständig propagiert. - Das "Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen der Frau" sei das Produkt der gemeinsamen Anstrengungen aller dieser Organe. Außerdem habe der Staat angesichts des Wiederauftauchens von Frauen- und Mädchenhandel und von Prostitution 1989 ein Zirkular über entschlossenes Vorgehen gegen Frauen- und Mädchenhandel erlassen, und der NVK habe 1991 den Entwurf für ein Verbot von Prostitution und Mißbrauch von Frauen sowie Frauen und Mädchenhandel vorgelegt.

- Als Ausdruck der Wahrung der Rechte und Interessen der Frau werden überdies die Aktivitäten des Frauenverbandes zur Anhebung des Niveaus der Frauen angeführt. In zahlreichen Kampagnen hätten Frauen auf dem Lande Lesen und Schreiben und technische Fähigkeiten gelernt. Seit 1989 habe der Frauenverband sowohl auf dem Lande als auch in den Städten in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen Aktivitäten entfaltet, die unter dem Schlagwort "Vier Haben" (Ideale, Moral, Bildung und Disziplin) und "Vier Selbst" (Selbstachtung, Selbstvertrauen, Selbständigkeit und Selbststärkung) bekannt seien. Das Schlagwort "Vier Selbst" sei erstmals auf dem 6. Nationalen Frauenkongreß gefallen. Der 7. Nationale Frauenkongreß habe einen Zehn-Punkte-Zielkatalog zur Entwicklung der Frau in den neunziger Jahren aufgestellt. Beides stelle für Millionen chinesischer Frauen einen Fortschritt bezüglich der Verbesserung ihrer Lage dar.

VIII. Aktive Teilnahme an internationalen Frauenaktivitäten: China erkenne die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegte Gleichheit von Mann und Frau an und unterstütze alle Bemühungen der UN zur Anhebung der Stellung der Frau und zur Verwirklichung der Gleichheit. Seit 1971 spiele es eine aktive Rolle in den Frauenorganisationen der UN. Seit 1974 sei China fünfmal zum Mitglied in der UN-Kommission über die Stellung der Frau gewählt worden. Seit 1982 seien chinesische Fachleute viermal in Folge in das Komitee zur Abschaffung von Frauendiskriminierung gewählt worden. China habe zu den ersten Unterzeichnern der Konvention über die Abschaffung aller Formen der Diskriminierung von Frauen gehört und sich aktiv an der Formulierung der Vorwärtsstrategien von Nairobi zur Anhebung der Stellung der Frau bis zum Jahr 2000 beteiligt. 1990 habe China die Konvention über die gleiche Entlohnung von Mann und Frau bei gleicher Arbeit ratifiziert, die von der International Labour Organization aufgestellt worden war. Auf Nicht-Regierungsebene bestünden zahlreiche Kontakte, namentlich des Chinesischen Frauenverbandes, mit Organisationen anderer Länder. Auch habe sich China im Rahmen verschiedener UN-Organisationen an zahlreichen internationalen Gemeinschaftsprojekten für Frauen beteiligt. Zum Schluß heißt es, Chi-

na werde als Veranstalter des 4. Weltfrauenkongresses alle Anstrengungen unternehmen, den Kongreß zum Erfolg zu führen. Es messe der Vorbereitungsarbeit für den Kongreß, der im September 1995 in Beijing stattfinden solle, große Bedeutung bei. Das 1992 eingesetzte Vorbereitungskomitee unter dem Vorsitz von Staatsrätin Peng Peiyun fasse die Vorbereitung für die Konferenz als Chance auf, um die Sache der Frau in China voranzubringen.

Insgesamt gesehen, zeichnet der Bericht ein recht positives Bild von der Lage der Frau in China. Tatsächlich müssen die Fortschritte hinsichtlich der Emanzipation und Gleichstellung der Frau, die in den vergangenen Jahrzehnten in China errungen wurden, gewürdigt werden. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß es in China heute massive Benachteiligung von Frauen gibt und daß sie, bedingt durch die Wirtschaftsreformen, eher zu-statt abnimmt. Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche, ungleiche Bezahlung, geringere Bildungschancen (z.B. sind 70% aller Analphabeten Frauen), viele Formen der Diskriminierung, insbesondere in Zusammenhang mit der Familienplanungspolitik, - all dies wird zwar in dem Weißbuch erwähnt, aber eher heruntergespielt und als Randerscheinung hingestellt. Zumal in den Beschäftigtenzahlen spiegelt sich die Benachteiligung der Frauen wider. Wenn es z.B. heißt, daß die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Frauen seien, so muß man sehen, daß ihre Zahl deshalb so hoch ist, weil sie aufgrund ihres niedrigen Bildungsniveaus kaum die Möglichkeit haben, anderen Tätigkeiten nachzugehen. Auch der hohe Anteil von Lehrerinnen erklärt sich aus der Tatsache, daß die männlichen Kollegen zumeist in andere, beliebtere Berufe abwandern. Vor allem verdeutlichen die in dem Bericht genannten Zahlen, daß Frauen in Führungspositionen äußerst gering vertreten sind. Das gleiche gilt für Partei- und Regierungsämter. Unter den 189 ZK-Mitgliedern befinden sich nur 24 Frauen, und im Politbüro ist keine einzige Frau vertreten. Wenn hervorgehoben wird, daß es auf Minister- und Vizeministerebene 16 Frauen gibt, so sind in Wirklichkeit nur drei Frauen im Ministerrang, während der Rest auf der Stellvertreterebene angesiedelt ist. Auch Chen Muhua, die Präsidentin des Chinesischen Frauenverbandes, machte in einem Interview anlässlich der

Veröffentlichung des Weißbuches auf die niedrige Repräsentanz von Frauen in der Politik aufmerksam; die Unterrepräsentierung der Frauen in politischen Ämtern entspreche nicht der Rolle, die die Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft spielten (RMRB, 4.6.94).

Viele weitere Beispiele ließen sich dafür anführen, daß die Frau in China trotz der im wesentlichen erreichten rechtlichen Gleichstellung in der Praxis in vielerlei Hinsicht benachteiligt ist. Hier müßte noch viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, eine Aufgabe, der sich in erster Linie der Frauenverband widmen sollte. Doch wie alle Massenorganisationen in China ist er entgegen den Aussagen in diesem Bericht weniger eine Interessenvertretung seiner Mitglieder als vielmehr Transmissionsriemen für die Propagierung der jeweiligen Parteipolitik. Erst in jüngster Zeit ist zu beobachten, daß er sich stärker für die Verwirklichung der Rechte der Frau engagiert - wohl hauptsächlich im Hinblick auf die Weltfrauenkonferenz. Im übrigen scheint es bezeichnend für die Situation der Frau in China zu sein, daß es nicht einmal ein Frauenministerium gibt. -st-

*(17)

Weißbuch über den Schutz geistigen Eigentums

Am 16. Juni 1994 wurde vom Informationsbüro des Staatsrats der VR China ein Bericht zur Situation des Schutzes geistigen Eigentums in China herausgegeben. Den Wortlaut des aus drei Kapiteln sowie Vor- und Schlußwort bestehenden Weißbuches veröffentlichten die *Volkszeitung* und die *Guangming-Zeitung* jeweils in ihrer Ausgabe vom 17. Juni 1994. In China gibt es keine Tradition der Respektierung geistigen Eigentums, auch in den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik gab es keine entsprechende Gesetzgebung. Erst durch die Ende der siebziger Jahre eingeleitete Reform- und Öffnungspolitik sah sich China veranlaßt, geistiges Eigentum entsprechend den internationalen Usancen zu schützen.

Das Weißbuch gibt Auskunft I. über Chinas Grundposition und Haltung zum Schutz des Rechts auf geistiges Eigentum, II. über den gegenwärtigen Stand der einschlägigen Gesetzgebung

und III. über das Rechtssystem zur Durchsetzung des Schutzes geistigen Eigentums.

I. Um zu zeigen, welche Bedeutung China dem Problem beimißt, werden die einzelnen Schritte auf dem Wege zur Anpassung an die internationalen Regelungen aufgezählt:

- März 1980 Antrag auf Zulassung zur World Intellectual Property Organization (WIPO), seit 3.6.1980 Mitgliedsstaat
- August 1982 Verabschiedung eines Markenzeichengesetzes, in Kraft seit 1.3.1983
- März 1984 Verabschiedung eines Patentgesetzes, in Kraft seit 1.4.1985
- Dez. 1984 Antrag bei der WIPO auf Beitritt zur Pariser Konvention zum Schutz industriellen Eigentums, seit März 1985 Mitglied
- April 1986 Verabschiedung der Allgemeinen Regeln des Zivilrechts der VR China, in Kraft seit 1.1.1987; dieses Gesetz enthalte zum erstenmal ein Urheberrecht (Copyright).
- 1989 habe China zu den ersten Signatarstaaten des von der WIPO verabschiedeten Vertrages über den Schutz geistigen Eigentums in bezug auf integrierte Schaltkreise gehört;
- Juli 1989 Antrag bei der WIPO auf Beitritt zur Madrider Übereinkunft über die internationale Registrierung von Markenzeichen, seit Okt. 1989 Mitglied
- Sept. 1990 Verabschiedung des Copyright-Gesetzes der VR China, in Kraft seit 1.6.1991
- Juli 1992 Antrag bei der WIPO auf Beitritt zur Berner Konvention zum Schutze literarischer und künstlerischer Werke und bei der UNESCO auf Beitritt zur Welt-Copyright-Konvention, seit Okt. 1992 Mitglied in beiden Konventionen
- Jan. 1993 Antrag bei der WIPO auf Beitritt zur [Genfer] Konvention zum Schutz von Phonogrammproduzenten vor Raubkopien, seit April 1993 Mitglied
- Sept. 1993 Verabschiedung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb, in Kraft seit 1.12.1993
- Sept. 1993 Antrag bei der WIPO auf Beitritt zum Vertrag über Zusammenarbeit bei Patenten, seit 1.1.1994 Mitglied. Chinas zuständige Stelle für die Bearbeitung von Fällen, die diesen Vertrag berühren, sei das Chinesische Patentamt.

In dieser Aufstellung, so heißt es, seien nur die wichtigsten Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums und die Beitritte zu den wichtigsten internationalen Konventionen erwähnt worden. Um den Anforderungen der immer größeren Öffnung nach außen gerecht zu werden, bemühe sich China nach Kräften um die Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes geistigen Eigentums und versuche das eigene Niveau auf diesem Gebiet dem internationalen Standard anzugleichen. Diesem Zweck diene die Ausbildung einschlägiger Fachleute und Rechtsexperten. 1986 sei an der Volksuniversität ein Lehr- und Forschungszentrum für Recht auf geistiges Eigentum und 1993 an der Beijing-Universität ein Institut für Recht auf geistiges Eigentum gegründet worden.

II. Im zweiten Abschnitt werden die wichtigsten Gesetze, namentlich das Markenzeichen-, Patent- und Copyright-Gesetz, im einzelnen vorgestellt, und es wird der Schluß gezogen, daß China über ein komplettes Rechtssystem zum Schutz geistigen Eigentums verfüge. In China würden geistige Eigentumsrechte wirksam geschützt. Die Gesetze würden Erfindungen, Kreativität und fairen Wettbewerb fördern. So habe z.B. der Schutz des Rechts auf exklusive Nutzung von Markenzeichen zu einem rapiden Anstieg der Registrierungszahlen bei Markenzeichen geführt. Ende 1993 hätten die registrierten Markenzeichen eine Zahl von mehr als 410.000 erreicht, davon seien 350.000 einheimische und 60.000 ausländische gewesen. Die USA beispielsweise hätten 1993 in China 16.221 eingetragene Markenzeichen gehabt (vor 1979 nur 122). 1993 seien in China 170.000 Anträge auf Eintragung von Markenzeichen gestellt worden, darunter mehr als 130.000 für neue Markenzeichen, eine Zahl, die zu den höchsten in der Welt gehöre. Seit Inkrafttreten des Patentgesetzes am 1.4.1985 bis Ende 1993 habe das chinesische Patentamt über 360.000 Patentanträge behandelt. Davon seien 86,4% aus dem Inland gekommen. Bis Ende 1993 seien 175.000 Patente bewilligt worden, darunter gut 20.000 Patente für Erfindungen.

III. Im dritten Kapitel werden die Rechtsinstitutionen und Verwaltungswege für den Schutz geistigen Eigentums dargelegt. Wegen der speziellen Materie hätten einige Provinzen und

provinzfreie Städte, namentlich Beijing, Shanghai, Guangdong, Fujian und Hainan sowie alle Sonderwirtschaftszonen, ab 1992 Gerichte gegründet, die allein für das Recht auf geistiges Eigentum zuständig sind. Die Provinzgerichte hätten spezielle Abteilungen zur Handhabung solcher Fälle eingerichtet. Zwischen 1986 und 1993 hätten die Gerichte in ganz China insgesamt 3.505 Streitfälle behandelt, davon betrafen 1.168 das Copyright, 1.783 das Patentrecht und 554 das Markenzeichenrecht. Aus dem Bericht geht hervor, daß die überwiegende Zahl von Verletzungen des Rechts auf geistiges Eigentum auf dem Verwaltungswege geregelt wird. Für Patentrecht stünden außer dem Patentamt des Staatsrats über 50 Patentämter auf lokaler Ebene zur Verfügung, außerdem 20 weitere, die von verschiedenen Ministerien und Abteilungen des Staatsrats gegründet wurden. Für Copyright-Fälle seien die Staatliche Copyright-Verwaltung sowie entsprechende Verwaltungen auf lokaler Ebene zuständig. Die Verwaltung von Markenzeichen verlange eine einheitliche Registrierung bei der Zentrale und eine Verwaltung auf den einzelnen lokalen Ebenen. Die Verwaltung übernehme spezielle Markenzeichenverwaltungen unter den jeweiligen Industrie- und Handelsverwaltungsämtern. Sie hätten seit Inkrafttreten des Markenzeichengesetzes vor gut zehn Jahren 130.000 Fälle behandelt.

Hinsichtlich Copyright-Verletzungen seien zwischen Juni 1991 und Ende 1993 durch die zuständigen örtlichen Verwaltungen gut 150 Fälle behandelt worden, die hauptsächlich Raubkopien von Büchern und Videos betrafen. Die Raubkopien seien konfisziert und zerstört worden, und es seien administrative Strafen verhängt worden. Diese Zahl erscheint äußerst gering, bedenkt man z.B., daß China mittlerweile als einer der größten Produzenten von CD-Raubkopien gilt. In dem Weißbuch wird zwar erwähnt, daß die chinesische Regierung 1994 angeordnet habe, die Produktion illegaler CD-Kopien und Raubausgaben von Büchern zu verfolgen, und daß vor allem in Guangdong, aber auch in Shanghai, Jiangsu und Hunan entsprechende Aktionen durchgeführt worden seien. Doch ist zu vermuten, daß das Fahndungspersonal eher moralisch-ideologische Kriterien anwendet als daß es aus einem ausgeprägten Rechtsbewußtsein handelte. So war es durchweg

bei ähnlichen Aktionen in der Vergangenheit: In erster Linie wird gegen pornographische (oder was dafür gehalten wird) und ideologisch unerwünschte Produkte vorgegangen, Copyright-Verletzungen scheinen eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Insofern ist Skepsis angebracht, wenn es in den Schlußbemerkungen des Weißbuchs heißt: "Wenn man China heute hinsichtlich des Schutzes geistigen Eigentums betrachtet, so hat es auf diesem Gebiet nach dem Urteil einiger internationaler Beobachter bereits den Standard der fortgeschrittenen Länder erreicht. Die Geschichte der Rückständigkeit des Systems geistigen Eigentums ist in China beendet." Bestärkt durch dieses selbst von internationalen Beobachtern gestützte Urteil, wird in dem Bericht anderen Kritikern aus aller Welt eine Absage erteilt, die bemängeln, in China gebe es keinen vollständigen und wirksamen Schutz geistigen Eigentums, und China sei nicht in der Lage, die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. "Solche Behauptungen entbehren jeder Grundlage, die Tatsachen sind die beste Antwort." Wie bereits angedeutet, sprechen jedoch gerade die Tatsachen gegen diese Einschätzung. So können auch die Verfasser des Weißbuchs nicht umhin, zum Schluß doch zuzugeben, daß noch eine ganze Menge in bezug auf die Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums getan werden müsse und das Bewußtsein für geistiges Eigentum in der chinesischen Gesellschaft relativ schwach ausgeprägt sei. Aus diesem Grunde habe der Staatsrat den Beschluß gefaßt, die Arbeit bezüglich des Rechts auf geistiges Eigentum weiter zu intensivieren.

Welche Institution oder Institutionen das Weißbuch verfaßt haben, ist nicht bekanntgegeben worden. Es ist anzunehmen, daß eine Kommission von Vertretern mehrerer Ministerien und anderer relevanter Stellen für die Abfassung verantwortlich war. Mit Sicherheit dürften die Staatliche Behörde für das Presse- und Publikationswesen, aber auch die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik und das Handelsministerium beteiligt gewesen sein. Derjenige, der sich offiziell zur Veröffentlichung des Weißbuches äußerte, war Song Jian, Staatsrat und Vorsitzender der Kommission für Wissenschaft und Technik (vgl. RMRB, GMRB, 17.6.94). -st-

*(18)

Berufsethische Normen für Journalisten

Am 9. Juni 1994 veröffentlichte die Nachrichtenagentur Xinhua "Berufsethische Normen für chinesische Journalisten" (vgl. den vollen Wortlaut in RMRB, GMRB, 10.6.94). Wie einer an das Dokument angehängten Notiz zu entnehmen ist, waren die Normen bereits im Januar 1991 auf einer Plenartagung des Chinesischen Journalistenverbandes angenommen worden, wurden dann aber im April 1994 auf einer weiteren Plenartagung des Journalistenverbandes noch einmal revidiert.

Die "Normen" bezeugen auf beredete Weise, daß Journalisten in China parteilich zu sein haben, sie also keine unabhängige Meinung vertreten können und es keine Pressefreiheit gibt. Im Vorspann zu dem aus acht Abschnitten bestehenden Dokument heißt es: "Der chinesische Journalismus ist ein wichtiger Bestandteil der sozialistischen Sache unter Führung der KP Chinas. Die Journalisten müssen ... sich bemühen, den Marxismus-Leninismus, das Mao-Zedong-Denken und die Theorie Deng Xiaopings vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung sowie Richtung und Politik von Partei und Regierung zu propagieren. ... Sie müssen an der grundlegenden Linie der Partei sowie an der Richtung, dem Volk und dem Sozialismus zu dienen, festhalten."

Dem Volk zu dienen bedeutet u.a., wie in Abschnitt I ausgeführt, daß die Journalisten der Führung durch die Partei unterliegen und als Bindeglied zwischen Partei und Regierung auf der einen und den Massen auf der anderen Seite zu fungieren haben. Sie sollen richtige Gedanken und richtiges Handeln unterstützen, das den Interessen des Volkes entspricht; bedingt sind ihnen auch Kritik und Enthüllung erlaubt, aber nur, wenn dies im Interesse des Volkes steht. Die Rede ist sogar von einer Kontrollfunktion der Presse, aber diese ist nicht im Sinne einer vierten Gewalt zu verstehen, sondern nur im Sinne der Aufdeckung von Mißständen wie Korruption usw. Bedingung ist erfahrungsgemäß immer, daß die Partei nicht angegriffen oder gar in Frage gestellt wird. Daß die Journalisten auch gehalten sind, die offiziellen Wertvorstellungen zu vertreten, versteht sich im chinesischen Kontext von

selbst; die Stichworte lauten Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus, Aufrechterhaltung von Stabilität und Einheit, keine Berichterstattung pornographischen Charakters oder über Gewalt, Mord, Aberglauben und andere Dinge, die der körperlichen und geistigen Gesundheit des Volkes schaden. Sie sollen die Interessen und die Sicherheit des Staates bewahren und keinerlei Geheimnisse preisgeben. Die "Normen" bekräftigen noch einmal das Verbot, Nachrichten gegen Bezahlung zu veröffentlichen, wie es in der Vergangenheit schon mehrfach gefordert wurde, so z.B. in einem Zirkular der ZK-Propagandaabteilung im August 1993 (vgl. C.a., 1993/8, Ü 14). Der jetzt veröffentlichte berufsethische Kodex für Journalisten hat größere Verbindlichkeit als das erwähnte Zirkular. Daß die Veröffentlichung so lange auf sich warten ließ, nachdem er 1991 bereits akzeptiert worden war, läßt darauf schließen, daß es möglicherweise um den Inhalt kritische Auseinandersetzungen gegeben hat. -st-

*(19)

China will Archivmaterial über das Massaker der Japaner 1937 in Nanjing veröffentlichen

China beabsichtigt, bisher unbekanntes Archivmaterial über das Massaker zu publizieren, das die Japaner 1937 in Nanjing an der chinesischen Zivilbevölkerung verübten. Das Material sei Ende 1992 in Shenyang, der Hauptstadt der Provinz Liaoning, im Archiv der damals unter japanischer Herrschaft stehenden Mandschurischen Eisenbahngesellschaft entdeckt worden. Es enthülle, daß die japanische Eisenbahngesellschaft damit befaßt worden sei, 30.000 bei dem Massaker umgekommene Tote zu beerdigen. (XNA, 14.6.94) Die Chinesen sehen in dem Archivfund einen weiteren Beweis für das Massaker in Nanjing, bei dem über 300.000 Menschen getötet worden sein sollen. Von japanischer Seite wird das Massaker offiziell geleugnet. Erst kürzlich bezeichnete eine patriotische Gesellschaft in Japan die Anschuldigung der Chinesen, die Japaner hätten in Nanjing 340.000 Menschen getötet, als Hirngespinnst. Eine solche Abscheulichkeit sei niemals begangen worden, hieß es (SCMP, 14.6.94). Der LDP-Politiker Ishihara äußerte sich ebenfalls öffentlich zu der Diskussion: Das Nanjing-Massaker sei voll von Unwahrheiten

ten. Er schlug vor, daß Japan und China die Ereignisse von Nanjing im Jahre 1937 gemeinsam erforschen sollten. Zugleich kritisierte er den seinerzeitigen Ministerpräsidenten Hata, weil dieser den Justizminister wegen der Äußerung, das Nanjing-Massaker sei reine Erfindung, entlassen hatte. (Kyodo News Service, Tokyo, 2.6.94, nach SWB, 4.6.94) -st-

Außenwirtschaft

*(20)

Rückgang der Auslandsinvestitionen

Im 1.Quartal 1994 belief sich die Zahl der neu bewilligten Investitionsprojekte auf 10.739, ging jedoch im Vergleich zur Vorjahresperiode um rd. 44% zurück. Den Grund für diese Entwicklung sieht die Staatliche Industrie- und Handelsverwaltung in der verstärkten staatlichen Kontrolle über Investitionsprojekte, insbesondere im Immobiliensektor. Dadurch wären zu Recht Investoren abgeschreckt worden, die über illegale Kapitalabflüsse nach Hongkong anschließend auf dem Festland mit re-investiertem Kapital Immobilienspekulationen durchgeführt hätten.

Auch die Einführung neuer Steuerbestimmungen für Auslandsunternehmen habe sich negativ auf die Motivation der Investoren ausgewirkt. So würden die Auslandsunternehmen nur noch in den Sonderzonen steuerliche Vergünstigungen erhalten, sonst aber den inländischen Unternehmen gleichgestellt sein. Als weiteren Grund nennt die Staatliche Industrie- und Handelsverwaltung die Verbesserung der Investitionsanreize in einigen asiatischen Nachbarländern, die den Zustrom von Auslandskapital nach China beeinträchtigt habe. (NZZ, 16.6.94)

Vor allem taiwanische Investoren waren in den ersten Monaten dieses Jahres eher zurückhaltend. Nach Angaben der taiwanischen Investitionskommission beliefen sich die Investitionsanträge im April d.J. lediglich auf 105, während im Vergleichsmonat des letzten Jahres 433 Anträge gestellt worden seien. (SCMP, 15.6.94) Im Zeitraum Januar bis Mai d.J. weist die

taiwanische Investitionskommission 475 genehmigte Investitionsanträge mit einem Volumen von 373 Mio. US\$ aus. In der Vergleichsperiode 1993 waren es insgesamt 1.161 Anträge mit einem Volumen von 511 Mio.US\$. (SCMP, 14.6.94)

Als weiterer Grund für den Rückgang der Aktivitäten ausländischer Investoren wird von westlichen Beobachtern der hohe Kostenanstieg bei Löhnen und Grundstückspachten genannt. Im Vergleich zu diesen Kosten seien die steuerlichen Vergünstigungen von untergeordneter Bedeutung. (SCMP, 15.6.94)

Hongkonger Analysten sehen in der vorübergehenden Reduzierung der Auslandsinvestitionen keine beunruhigende Entwicklung. China müsse brauche auch Zeit, die hohe Anzahl der genehmigten Projekte der letzten Jahren Zeit zu "verdauen". Gleichzeitig könne der Rückgang der Auslandsinvestitionen zur Abkühlung der überhitzten wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. (AWSJ, 16.6.94)

Auch in der Provinz Guangdong ging in den ersten fünf Monaten d.J. im Vergleich zur Vorjahresperiode die Anzahl der genehmigten Investitionsprojekte um rund ein Drittel und das zugesagte Investitionsvolumen um 10% zurück. Während Investitionsprojekte aus Hongkong und Taiwan deutlich zurückfielen, stieg die Anzahl der Projekte mit Investoren aus Großbritannien, Frankreich, den USA, Australien und Thailand um 50%. (SCMP, 14.6.94) -schü-

*(21)

Japanische Fotoapparate marktbeherrschend

Obwohl die Produktion chinesischer Fotoapparate von 3,12 Mio.Stück im Jahre 1988 auf 5,26 Mio. Stück im Jahre 1992 stieg, verdrängen japanische Angebote in zunehmendem Maße die im Inland hergestellten Produkte. Neben den regulären Importen gelangte ein Teil der japanischen Kameras als Schmuggelware ins Land. Von den ehemals 34 chinesischen Unternehmen, die noch in den 70er Jahren Kameras produzierten, bestehen heute noch weniger als Hälfte. Das größte chinesische Unternehmen, Seagull, wies 1993 einen Output von 216.740

Kameras aus, von denen 52.665 exportiert wurden. Die Exportmodelle werden jedoch in Lizenzfertigung hergestellt und unter einem anderen Markennamen ins Ausland verkauft.

Chinesische Kunden ziehen japanische Fotoapparate aufgrund der handlicheren Bedienungsmöglichkeiten, des besseren Designs und der technischen Neuerungen vor. Die Verkaufspreise für eine Seagull-Kamera liegen zwischen ca. 540 bis 1.260, die beliebtesten meist vollautomatischen japanischen Fotoapparate kosten zwischen ca. 380 bis 1.000 Yuan. (SCMP, 21.6.94)

Ende 1992 wies der Bestand an Kameras in China eine Größe von rd. 27 Mio. Stück aus, so daß auf 100 Haushalte im Durchschnitt erst 2,3 Kameras entfielen. Vorläufigen Angaben für 1993 zufolge wurden 1993 rd. 2,5 Mio. Fotoapparate im Wert von 950 Mio. Yuan gekauft. (NFA, 17.6.94) -schü-

*(22)

Schneller Anstieg der Büromieten in den Großstädten

Der China-Boom der letzten Jahre hat die Nachfrage nach Büro- und Geschäftsräumen schnell steigen lassen, während sich das Angebot nur unzureichend entwickelte. Trotz gestiegener Mieten bestehen lange Wartelisten für ausländische Unternehmen, die inzwischen auch Büroräume in den Luxushotels anmieten müssen. In Shanghai beispielsweise werden inzwischen im Durchschnitt 15% der Zimmer in den großen Hotels als Büros vermietet.

Die hohe Nachfrage nach Büro- und Geschäftsräumen führte nach Angaben des Hong Kong Trade Development Council zu einem Anstieg der Mietpreise um 50% bis 60%. In den Großstädten Beijing und Shanghai variiere die Monatsmiete zwischen 25-60 US\$/m². (CD, Business Weekly, 26.6.-2.7.94, S. 8) -schü-

Binnenwirtschaft

*(23)

Industriepolitische Richtlinien für die 90er Jahre

Die Ende März d.J. vom Staatsrat genehmigten "Industriepolitischen Richtlinien für die 90er Jahre" wurden nun-